

Beschluss der DGB-Bezirksfrauenkonferenz am 16. Mai 2017 in Berlin

Solidarität mit der TV Stud III Kampagne

Antragsteller: ver.di-Landesbezirksfrauenausschuss Berlin-Brandenburg

Die DGB-Bezirksfrauenkonferenz unterzeichnet die Solidaritätserklärung der TV Stud III Kampagne (siehe Solidaritätserklärung).

Solidaritätserklärung

An die Präsident_innen und Repräsentant_innen der Berliner Universitäten und Hochschulen, An die Verhandlungsführer_innen der Berliner Universitäten und Hochschulen,

Wir unterstützen die Forderungen der studentischen Tarifinitiative TV Stud nach einem neuen Tarifvertrag! Die ca. 8000 studentischen Beschäftigten leisten einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zum Gelingen und zum Erfolg von Forschung und Lehre an den Berliner Universitäten und Hochschulen. Die Fachbereiche und Einrichtungen dieser Institutionen sind (auch auf Grund der Unterfinanzierung und Prekarisierung im Bereich der Wissenschaft) auf die Unterstützung und qualifizierte Arbeit der studentischen Beschäftigten angewiesen. Die Universitäten und Hochschulen haben jahrelang auf dem Rücken ihrer Mitarbeiter_innen gespart.

Studierende müssen in der Lage sein, ihre Tätigkeit an der Universität und Hochschule mit ihrem Studium und Leben zu vereinbaren. Dazu braucht es faire Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung. Die Löhne der studentischen Beschäftigten wurden jedoch – trotz massiv steigender Lebenshaltungskosten in Berlin – seit 16 Jahren nicht mehr angehoben.

Die Politik unterstützt das Anliegen von TV Stud: Die neue rot-rot-grüne Landesregierung hat den Wert der studentischen Beschäftigten erkannt und sich in ihrer Koalitionsvereinbarung für eine „Entwicklung der Entgelte“ ausgesprochen, die „mindestens der Entwicklung der realen Lebenshaltungskosten entsprechen“ soll. Die Universitäten und Hochschulen können also davon ausgehen, dass ein neuer Tarifabschluss finanziell mitgetragen wird.

Gute Lehre, Forschung und Wissenschaft hängen ganz wesentlich davon ab, auf qualifizierte und engagierte studentische Beschäftigte zurückgreifen zu können. Dies erfordert jedoch gute Beschäftigungsbedingungen und Bezahlung. Hierbei stehen die Berliner Hochschulen in Konkurrenz zu außeruniversitären Forschungsinstituten, privatwirtschaftlichen Institutionen und Arbeitgeber_innen, die teilweise deutlich höhere Löhne zahlen. In einigen Fachbereichen haben die Hochschulen und Fachhochschulen deswegen schon heute Schwierigkeiten, studentische Beschäftigte zu finden. Auch dies spricht dafür, dass Bezahlung und Arbeitsbedingungen verbessert werden müssen.

Die Forderung der studentischen Beschäftigten nach einer Verbesserung ihrer Entlohnung und ihrer Arbeitsbedingungen unterstützen wir vor diesem Hintergrund aktiv und rufen Sie dazu auf, die Verhandlungen mit der gemeinsamen Tarifkommission von ver.di und GEW aufzunehmen und rasch einen neuen Tarifvertrag mit deutlich verbesserten Bedingungen abzuschließen.